

# Bestürzende Einsicht

## Kapp-Putsch. Vor 100 Jahren putschte die profaschistische Rechte gegen die Republik. Teil 2: Ende der Kapp-Regierung und Formierung der bürgerlichen »Einheitsfront«

Leo Schwarz

Am 18. März 1920 konfrontierten die Spitzen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB), der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände (AfA) und des Deutschen Beamtenbundes das unterdessen nach Stuttgart geflohene Kabinett Bauer mit einem neun Punkte umfassenden Forderungskatalog. Sein wesentlicher Inhalt war dieser: »entscheidender Einfluss« der Gewerkschaften auf die personelle Umgestaltung der Regierungen im Reich und in den Ländern und auf die »Neuregelung der wirtschafts- und sozialpolitischen Gesetzgebung«, Bestrafung aller am Putsch beteiligten Personen, sofortige Entfernung der kompromittierten Minister Gustav Noske (SPD, Reichswehrminister), Wolfgang Heine (SPD, preußischer Innenminister) und Rudolf Oeser (DDP, preußischer Minister für öffentliche Arbeiten) aus ihren Ämtern, Reinigung der Verwaltungen von »allen reaktionären Persönlichkeiten«, Demokratisierung der Verwaltungen, sofortige Sozialisierung des Bergbaus und der Energieerzeugung, Auflösung aller konterrevolutionären Formationen, »Übernahme des Sicherheitsdienstes durch die organisierte Arbeiterschaft«.

Diese Forderungen belegen zunächst, dass es im Zuge der bewaffneten Abwehraktionen der Arbeiterklasse gegen den Kapp-Lüttwitz-Putsch und durch den Generalstreik, der das Verkehrswesen, die Nachrichtenverbindungen und das Wirtschaftsleben vollkommen lahmgelegt hatte, beinahe über Nacht zu einer Verschiebung der Machtverhältnisse gekommen war. Offensichtlich war: Die Kapp-Aktion hatte den 1919 mühsam stabilisierten und modifizierten bürgerlichen Herrschaftsapparat ganz gegen ihre Intention nicht zementiert, sondern in den Grundfesten erschüttert. Unter dem Druck der Mitglieder ihrer Organisationen und vieler Funktionäre machten sich an diesem 18. März ausgerechnet die reformistischen Gewerkschaftsführer, die seit 1914 die wesentliche Stütze der Politik des »Burgfriedens« und der »Arbeitsgemeinschaft« gewesen waren, zu Sprechern einer Massenbewegung, die überwiegend mehr wollte als das, was in dem Neunpunkteprogramm formuliert wurde. Dennoch war dieses Programm für die bürgerliche Rechte, für die liberalen Koalitionspartner der SPD und für deren rechte Führungsgruppe unannehmbar; es dokumentiert eine beispiellose, binnen weniger Tage eingetretene Mobilisierung und Radikalisierung der deutschen Arbeiterklasse, deren Druck auch die sozialdemokratische Rechte in den Gewerkschaften hatte nachgeben müssen: Carl Legien, der Vorsitzende des ADGB, hatte sich schon am 17. März die Forderung nach einer »Arbeiterregierung«, der nur Vertreter der SPD, der USPD und der Gewerkschaften angehören sollten, zu eigen gemacht.

### Pläne durchkreuzt

Als Kapp am Morgen des 13. März, einem Samstag, die Amtsgeschäfte übernommen hatte, war diese Dynamik nicht absehbar gewesen. Die »Regierung der Ordnung, der Freiheit und der Tat« hatte zunächst den Ausnahmezustand über das gesamte Reichsgebiet verhängt, die Auflösung der Nationalversammlung und der preußischen Landesversammlung verfügt sowie das Amt des Reichskanzlers mit dem des preußischen Ministerpräsidenten zusammengelegt. General Walther von Lüttwitz übernahm das Reichswehrministerium und den militärischen Oberbefehl. Vor allem in den preußischen Ostgebieten, in Mecklenburg und Schleswig-Holstein hatten sich Reichswehrkommandeure und hohe Verwaltungsbeamte – in Ostpreußen auch der sozialdemokratische Oberpräsident der Provinz, August Winnig – offen auf die Seite Kapps gestellt. Auch der Chef der Admiralität, Admiral Adolf von Trotha, stellte sich und die Marine am 13. März der neuen Regierung »zur Verfügung«. Westlich der Elbe agierten die Kommandeure und sonstigen Sympathisanten vorsichtiger: Überwiegend vermieden sie offene Stellungnahmen oder eindeutige Handlungen zugunsten der Putschisten, versuchten aber, die Bestimmungen des Ausnahmezustandes durchzusetzen, also Kundgebungen, Streiks und jede Form organisierter Gegenwehr von links zu unterdrücken. Das war eine Form passiver Begünstigung, die durchaus hätte dazu führen können, dass die Putschregierung sich festigte.

Durchkreuzt wurde diese Kalkulation von Abwehraktionen, die von allen Strömungen der Arbeiterbewegung getragen wurden und oft schon am Vormittag des 13. März nach dem Einlaufen der ersten Nachrichten über die Berliner Ereignisse einsetzten. In diesem Zusammenhang spielten die oft überbewerteten zentralen Streikaufrufe

– SPD, ADGB, USPD am 13. März, die KPD folgte am 14. März, nachdem die in Berlin anwesenden Vertreter der Zentrale es zunächst abgelehnt hatten, zum Streik aufzurufen – keine sehr wesentliche Rolle.

In allen industriellen Zentren, aber auch in vielen Kleinstädten und auf dem Land – etwa in Mecklenburg, Pommern und der Lausitz –, bildeten sich Aktionsausschüsse, Vollzugsräte und ähnliche Gremien, die häufig paritätisch von Mitgliedern aller vor Ort relevanten Richtungen der Arbeiterbewegung besetzt waren. Sie übernahmen die Leitung der Streikaktionen und koordinierten vielerorts die Beschaffung von Waffen und die Aufstellung von Arbeiterwehren.

In Berlin, wo die militärische Übermacht der Gegenrevolution keinen direkten bewaffneten Widerstand zuließ und die Gegensätze zwischen den Arbeiterparteien vor dem Hintergrund der Auseinandersetzungen von 1918/19 sehr ausgeprägt waren, bildeten sich zwei Streikleitungen: Eine von ADGB, AfA und dem SPD-Parteivorstand, die vor allem auf dem Papier bestand, und eine zweite, die von der USPD, der KPD, der Berliner Gewerkschaftskommission und Vertretern der Betriebsräte gebildet wurde. Der Generalstreik wurde fast geschlossen durchgeführt. In einigen Vororten wurden auch bewaffnete Arbeiterformationen aufgestellt. Die waren zwar zu schwach, um gegen die 5.000 Mann der Brigade Ehrhardt, die Einwohnerwehren und die Sipo vorzugehen, beflügelten aber die Phantasie der Putschisten, die in einem ihrer Flugblätter erklärten, dass in den Vororten der Hauptstadt »die Heere der roten Armee« zum »Entscheidungskampf aufgestellt« seien.

Ein bedeutendes Zentrum des Widerstandes gegen den Putsch war der mitteldeutsche Raum. Im Kraftwerk Zschornowitz bei Bitterfeld, das für die Fernstromversorgung Berlins zuständig war, wurde auf Initiative des Betriebsrates noch am 13. März die Arbeit niedergelegt. In Chemnitz, damals bereits eine Hochburg der in vielen anderen industriellen Zentren noch vergleichsweise schwachen KPD, traten mehrere große Betriebe schon am Vormittag des 13. März in den Streik. Etwa 3.000 Arbeiter wurden bewaffnet, politische Gefangene aus dem Gefängnis befreit. Ein Aktionsausschuss erklärte noch in der Nacht zum Sonntag, in Chemnitz und Umgebung die vollziehende Gewalt übernommen zu haben. Am 15. März wurde ein Arbeiterrat gewählt. Auch in Leipzig formierte sich ein Aktionsausschuss, der für den Sonntag zu Kundgebungen aufrief. Diese führten sofort zur Konfrontation mit der Reichswehr und Zeitfreiwilligenverbänden, die mehrere Gebäude in der Innenstadt besetzt hatten. Dabei wurden etwa 40 Menschen getötet. Auch in vielen Orten Thüringens bildeten sich sofort Aktionsausschüsse; im Freistaat Gotha rief die Landesregierung, die hier von der USPD gestellt wurde, zum Widerstand gegen die Putschisten auf. In Halle, wo eine bedeutende Reichswehrgarnison lag und Einwohnerwehr bzw. Zeitfreiwilligenverbände etwa 3.000 Bewaffnete aufbieten konnten, bildete sich ein Aktionsausschuss der drei Arbeiterparteien und der Gewerkschaften sowie eine gemeinsame Streikleitung. Auch hier versuchten die Arbeiter, sich zu bewaffnen.

In Baden, Württemberg und Bayern war die SPD an den Landesregierungen beteiligt. Diese Landesverbände standen allerdings durchweg weit rechts; für Bayern lehnte es der sozialdemokratische Ministerpräsident Johannes Hoffmann sogar ab, zum Streik, für den hier »kein Anlass« bestehe, aufzurufen. In den Morgenstunden des 14. März wurde Hoffmann vom Befehlshaber des Reichswehrgruppenkommandos 4, Arnold von Möhl, mit der Drohung, nur so sei die »Ausrufung der Räterepublik« zu verhindern, zum Rückzug und zur formalen Übertragung der vollziehenden Gewalt gezwungen. Der Regierungspräsident von Oberbayern, Gustav von Kahr, wurde als Zivilkommissar eingesetzt und bildete anschließend eine neue Regierung ohne die SPD. Auch nach dem Zusammenbruch des Kapp-Putsches wurde das nicht revidiert. In Bayern, das nun systematisch zur rechten »Ordnungszelle« ausgebaut wurde, war der Putsch also in gewisser Weise erfolgreich. Dass gegen Kapp etwa in Hof und Nürnberg gestreikt wurde, änderte daran nichts.

In Norddeutschland waren Hamburg, Kiel, Bremen, Braunschweig und Hannover die Schwerpunkte des Generalstreiks. Fast überall kam es zu bewaffneten Auseinandersetzungen. Auch in Frankfurt am Main wurde gestreikt. Hier stürmten Arbeiter noch am Samstag Polizeireviere; die in der Nacht darauf zunächst in die Stadt eingezogene Reichswehr sah sich zum Rückzug gezwungen.

Die weitaus bedeutendsten Aktionen gegen den Kapp-Lüttwitz-Putsch entwickelten sich im Ruhrgebiet. Hier dominierte der linke Flügel der USPD die Arbeiterbewegung. Auch die KPD war ein Faktor; dazu kamen anarchistische und syndikalistische Strömungen. Arbeiter bildeten überall paritätisch oder nach den lokalen Stärkeverhältnissen besetzte Aktionsausschüsse und Vollzugsräte. Bereits in der Nacht zum 14. März kam es in vielen Städten zu kleineren Scharmützeln. In Bochum wurden Einwohnerwehr und Sipo von Arbeitern entwaffnet; eine Lieferung von 2.000 Gewehren für die Einwohnerwehr fiel den Arbeitern hier in die Hände, die rasch dazu übergingen, bewaffnete Formationen aufzustellen. Zentrale Leitungen, die kriegserfahrene Anführer einsetzten, wurden gebildet. Der hier zuständige General Oskar von Watter, der es abgelehnt hatte, sich eindeutig für die Regierung Bauer zu erklären, ordnete am Sonntag die militärische Besetzung des Industriegebietes an.

Die Selbstbewaffnung im Ruhrgebiet war am Anfang eine elementare Bewegung zur Selbstverteidigung – den Arbeitern war nach den Erfahrungen aus den Massenstreiks des Jahres 1919 klar, welches Schreckensregiment ihnen drohte, wenn sich die Reichswehr mit ihrem Freikorpsanhang des Industriegebietes bemächtigte und sich in Berlin die Putschisten durchsetzten. Ein gemeinsamer Aufruf der Bezirksleitungen von USPD, SPD und KPD, noch am 13. März in Elberfeld beschlossen, erleichterte das Zusammengehen der verschiedenen Strömungen der Arbeiterbewegung. Eine Zentralstreikleitung bildete sich, die mehr und mehr wie ein politischer Ausschuss agierte. Schnell begriffen sich die lokalen bewaffneten Abteilungen als Teile einer »Roten Armee«. Die war hier, im Gegensatz zu den meisten anderen Gebieten des Reiches, kein Hirngespinnst der Reaktion. Seit dem 15. März fanden größere bewaffnete Auseinandersetzungen statt, die überwiegend damit endeten, dass die Reichswehrverbände, die mit einer derartig entschlossenen und koordinierten Gegenwehr noch nie konfrontiert worden waren, sich zurückzogen. Am 17. März griffen etwa 10.000 bewaffnete Arbeiter Dortmund an und besetzten die Stadt. In Remscheid wurde eine Abteilung der Reichswehr eingeschlossen; die Stadt fiel am 18. März nach heftigen Kämpfen in die Hände der Arbeiter, einen Tag später folgte Essen.

## Kapp muss gehen

Schon am 16. März ließen die in Berlin einlaufenden Meldungen aus dem mitteldeutschen Raum und aus dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet keinen anderen Schluss mehr zu als den, dass hier die militärische Überwältigung der Reichswehr und der Einwohnerwehren durch bewaffnete Arbeitermilizen unmittelbar bevorstand. Der Generalstreik war allgemein. Mehrere bürgerliche Politiker versuchten auf Kapp einzuwirken, um ihn zum Rückzug zu bewegen. Als gegen sechs Uhr früh am 17. März ein hoher Offizier der Sicherheitspolizei bei Kapp vorsprach und ihm »völlig gebrochen« mitteilte, dass die Sipo die Aktion nicht mehr mittrage, lenkte dieser ein: Am Vormittag ließ er eine Erklärung verbreiten, in der er seinen Rücktritt verkündete. »Seine Mission« sei erfüllt, er übergebe die vollziehende Gewalt an Lüttwitz. Nun verlange »die äußerste Not des Vaterlandes den einheitlichen Zusammenschluss aller gegen die vernichtende Gefahr des Bolschewismus«. Lüttwitz, der noch nicht abdanken wollte und sich durch die umgehende Aufhebung eines Kappschen Erlasses, der die Todesstrafe für Streikposten vorsah, einen »gemäßigten« Anstrich zu geben suchte, wurde am Abend von Offizieren, die die entstandene Lage nüchtern bewertet hatten, zur Aufgabe gezwungen. Vizekanzler Eugen Schiffer bewilligte ihm in aller Form den »Abschied« und ließ ihn anschließend in einem Auto mit falschen Papieren davonfahren.

Das Kapp-Unternehmen war auf der ganzen Linie gescheitert. Lüttwitz, Hermann Ehrhardt, Max Bauer und Kapps engster Mitarbeiter Georg Schiele setzten sich nach Ungarn ab, Kapps Landwirtschaftsminister Conrad von Wangenheim nach Polen. Waldemar Pabst und Gottfried Traub entkamen nach Österreich. Ehrhardt kehrte bald nach Bayern zurück, wo er von den Behörden gedeckt wurde (und die rechtsterroristische »Organisation Consul« aufbaute). Kapp hielt sich verborgen und floh am 10. April in einem Flugzeug nach Schweden; die Reichsregierung ließ gegen ihn lediglich ein Disziplinarverfahren laufen und verzichtete darauf, seine Auslieferung zu verlangen. Auch Traugott von Jagow, der Innenminister der Putschisten, wäre ungeschoren geblieben, beging aber den Fehler, sich den Behörden zu stellen. 1921 musste er von einem widerstrebenden Gericht wegen »Beihilfe« zum Hochverrat zu einer Haftstrafe verurteilt werden; 1924 wurde er vorzeitig entlassen.

## »Gegen den Bolschewismus«

Dass die Sache derart glimpflich für sie ausgehen würde, konnte in den letzten Stunden der Kapp-Regierung keiner ihrer Akteure und kein offener oder verdeckter Unterstützer ahnen – zumal es nun zu heftigen Absetzbewegungen auch im bürgerlichen Lager kam. Schon vor Kapps Rücktritt hatten sich die Deutsche Volkspartei (DVP) und die Deutschnationale Volkspartei (DNVP) zu der Einsicht durchringen müssen, dass das Unternehmen aussichtslos war. Ihre anfänglich wohlwollend-abwartende Haltung, die darin zum Ausdruck kam, die Putschregierung faktisch anzuerkennen und vor jedem Widerstand (»inneren Kämpfen«) zu warnen, war der für sie bestürzenden Einsicht gewichen, dass die Putschisten eine Gegenbewegung ausgelöst hatten, die zur Bildung einer »Arbeiter-« oder »Gewerkschaftsregierung« ohne Beteiligung bürgerlicher Parteien führen, ja unter Umständen sogar den Bestand der bürgerlichen Ordnung selbst gefährden konnte.

Am 16. März lehnte die Parteispitze der DVP endgültig das Angebot ab, in die Kapp-Regierung einzutreten. Zwei Tage später veröffentlichte sie einen Aufruf, in dem sie alle Kräfte der »Ordnung« dazu aufrief, die »Einheitsfront gegen den herandrängenden Bolschewismus herzustellen«. Die DNVP, deren Führung noch am 14. März erklärt hatte, sie sei bereit, »mitzuarbeiten«, legte ebenfalls seit dem 16. März das Steuer herum. Zwei Tage nach dem Rücktritt Kapps veröffentlichte sie eine Erklärung, in der sie erneut die »Machtgelüste einer unfähigen Parteiregierung« für die eingetretene »schwere Krisis« verantwortlich machte und den Kapp-Leuten zubilligte, »aus schwerer Sorge um Volk und Vaterland den Weg der verfassungsmäßigen Entwicklung verlassen« zu haben, gleichzeitig aber versicherte: »Unser Weg war das nicht.« In den Putschtagen habe die Partei allein darum

gekämpft, dass »gegen den sein Haupt erhebenden Bolschewismus die Einheitsfront hergestellt und dass die Wahl zum Reichstage und die Wahl des Reichspräsidenten alsbald vollzogen würden«. In den folgenden Tagen und Wochen unternahm die Parteiführung mehrere ostentative Versuche, sich von der durchaus auch bei großen Teilen der Massenbasis der DNVP vollkommen kompromittierten Gruppe um Kapp abzusetzen; noch im März ließ sie in der Presse verkünden, dass Kapp und einige andere Parteimitglieder, die sich in den Putschtagen zu sehr exponiert hatten, aus der DNVP ausgetreten seien. Diese Haltung, versicherte Parteichef Oskar Hergt Kapps Kultusminister Traub in einem persönlichen Schreiben, sei ihm »furchtbar schwer geworden«; er müsse ihn aber bitten, »die Schwierigkeiten für die Partei« nicht zu unterschätzen.

Als die eben zitierte Erklärung der DNVP veröffentlicht wurde, wurde bereits fieberhaft an der Herstellung der »Einheitsfront« zwischen den Kräften, die die alte Reichsregierung getragen hatten, und jenen, die sie gerade hatten stürzen wollen, gegen die einmal mehr als »bolschewistisch« oder »spartakistisch« denunzierte Massenbewegung gearbeitet. Das Feindbild war ohne Schwierigkeiten abzurufen. Am 18. März hatte das nunmehr von Seeckt geführte Reichswehr-Gruppenkommando 1 alle unterstellten Verbände darauf hingewiesen, dass »wir vor einem Versuch größten Stils zur Einführung der Räterepublik stehen«. Der preußische Innenminister Heine stellte sich in einem Schreiben an alle unterstellten Behörden vom 19. März hinter die Einwohnerwehren, deren Reichszentrale sich am 13. März offen für Kapp erklärt hatte. Die Einwohnerwehren ständen »nach wie vor hinter der verfassungsmäßigen Ordnung«. Bedauerlicherweise hätten »radikale Elemente« einzelne Einwohnerwehren entwaffnet, zum Teil »sollen derartige Entwaffnungen sogar durch Gemeindebehörden und Landräte angeordnet worden sein«. Er wies alle Behörden an, derlei zu unterbinden, denn »die Einwohnerwehren sind in Verbindung mit der Reichswehr und Sicherheitspolizei das einzige Mittel zur Verhütung des Bolschewismus«. Ebenfalls am 19. März baute Seeckt in einem Fernschreiben, das an alle Gruppenkommandos der Reichswehr und die Reichsregierung ging, jenen Kommandeuren, die aktiv geputscht oder sich für »neutral« erklärt hatten, eine goldene Brücke: »Führung und Mannschaften« seien ohne Prüfung nur Befehlen gefolgt; sogar Lüttwitz gestand er zu, von Kapp »verleitet« worden zu sein. Nun gehe er davon aus, die gesamte Truppe »zum Schutz der verfassungsmäßigen Gewalt« einsetzen zu können.

Seeckt, der sich sechs Tage zuvor geweigert hatte, auf die putschende Brigade Ehrhardt schießen zu lassen, verhängte an diesem Tag den verschärften Ausnahmezustand über Berlin und die Mark Brandenburg. »Schärfste Waffenanwendung« gegen »unbotmäßige Menschenmassen« wurde »Truppe oder Polizei« zur Pflicht gemacht. Die »gefährdete Staatsautorität« sollte in der Reichshauptstadt vordringlich »wiederhergestellt« werden: »Stößt die Truppe dabei auf Widerstand, so ist dieser zu brechen, nötigenfalls Waffengewalt anzuwenden.«

## Generalstreik abgebrochen

Die Reichsregierung rief an diesem Tag erneut zum Abbruch des Generalstreiks auf. Sie behauptete wahrheitswidrig, dass bereits ein Hochverratsverfahren gegen die rechten Verschwörer eingeleitet sei. Die Arbeiter hätten sich durch ihren »siegreichen Kampf für die Demokratie« einen »untilgbaren Anspruch auf Sicherstellung und Erweiterung ihrer wirtschaftlichen und politischen Rechte erworben«. Nach Verhandlungen von führenden Gewerkschaftsfunktionären mit Vertretern von SPD, DDP und Zentrum über das Neunpunkteprogramm, die in der Nacht zum 20. März damit endeten, dass die drei Parteien zusagten, »bei ihren Fraktionen« für eine Umsetzung der in den Verhandlungen stark abgeschwächten Gewerkschaftsforderungen »eintreten« zu wollen, taten ADGB und AfA das, was von ihnen erwartet wurde: Sie erklärten »den Generalstreik mit dem heutigen Tage als beendet«.

Damit nahmen sie – man wird sagen müssen: wissentlich und in voller Absicht – das einzige Druckmittel aus dem Spiel, das die Umsetzung auch nur des aufgeweichten Neunpunkteprogramms hätte verbürgen können. Und sie kehrten zur Politik der Spaltung der Arbeiterbewegung zurück. Denn KPD und USPD hatten am 18. bzw. am 19. März dazu aufgerufen, den Generalstreik fortzusetzen. Legien spielte das Spiel konsequent zu Ende. Als er – die USPD hatte den Vorschlag zunächst abgelehnt und dann zugestimmt – Reichskanzler Bauer am 20. März die Forderung nach der »Arbeiterregierung« offiziell unterbreitete, sagte der eine Prüfung zu, machte aber zur Bedingung, dass auch DDP und Zentrum diese Regierung stützen müssten. Damit war der von der außerparlamentarischen Massenaktion erzwungene Vorstoß unmöglich gemacht oder doch zumindest auf die Ebene der parlamentarischen Koalitionspolitik herabgezogen, also wesentlich entschärft worden. Legien gab sich damit zufrieden. Die Regierung konnte sich nun der Niederwerfung der Massenbewegung zuwenden.

Teil 1 erschien am 13. März, Teil 3 (und Schluss) erscheint in der Ausgabe vom 26. März.